

Solidarität

Organ des Verbandes der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle vierzehn Tage Sonntags. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreizehntägige Zeitzeile 20 Pfennige; Anzeigen, den Arbeitsmarkt betreffend, 10 Pfennige. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter Nr. 6893 im Post-Zeitungsregister.

Mittheilungen des Verbands- vorstandes.

Trotz wiederholter Aufforderung ist an verschiedenen Ortsverwaltungen die Abrechnung des zweiten Quartals noch nicht erfolgt. Es wird daher nochmals dringend ersucht, die Abrechnung möglichst bald erfolgen zu lassen, da der Kassierer einen übersichtlichen Halbjahres-Bericht bringen will und die Herstellung desselben durch die noch ausstehenden Abrechnungen bedeutend erschwert und verzögert wird.

Etwalige Ungenauigkeiten im Vereinskalender bitten wir umgehend dem Verbandsvorstand mitzuteilen.

Ferner wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß alle für die Redaktion bestimmten Sendungen bis auf weiteres an Carl Wittig, Berlin SO., Kaufher Platz 12, bei Stephan zu adressieren sind.

Der Verbandsvorstand

J. W.

Carl Wittig, Kaufher Platz 12.

Die Bewegung in Breslau.

Zur Zeit, wo die Liebesgaben-Schlucker und Brotvertheuerer, deren Begehrlichkeit bekanntlich keine Grenzen hat, wieder an der Arbeit sind, sind naturgemäß die Gewerkschaften bestrebt, ihre Lebenslage nach Möglichkeit zu verbessern. Wir Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen haben in Folge unserer miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchaus keine Ursache, uns von dieser Bewegung auszuschließen. Besonders wir Breslauer haben unter den angeführten Missethänden am meisten zu leiden. Hier herrschen Zustände, die noch an das Mittelalter erinnern. Der Selbsterhaltungstrieb gebot uns, den Kampf um eine bessere Existenz anzunehmen, selbst auf die Gefahr hin, eine Niederlage zu erleiden.

Es dürfte für die Zahlstellenvorstände, sowie für die Verbandsmitglieder überhaupt, von Interesse sein, etwas näheres über den augenblicklichen Stand unserer Angelegenheit zu erfahren.

Die Löhne hier am Ort bewegen sich bei den Arbeiterinnen zwischen 6 und 9 Mark. Die Arbeitszeit ist bis auf drei Druckereien eine zehn- auch elfstündige. Für Ueberstunden wird in den meisten Fällen keine Entschädigung gezahlt. Von den sanitären Verhältnissen ganz abgesehen. Um nun diese Lebensstände einigermaßen zu beseitigen resp. zu regeln, wählten wir im Juli v. J. eine Tarifkommission. Bei der Verschiedenheit der Beschäftigungsart in unserem Verne und mit Rücksicht auf die nicht geringe Anzahl von schwachen Kräften, namentlich unter den Liegeldruckern, war es für die Tarifkommission keine leichte Arbeit, einen für alle Theile befriedigenden Tarif zu schaffen und es ist daher verständlich und zugleich entschuldbar, daß der Tarif bei seiner Veröffentlichung noch einige Mängel auf-

zuweisen hatte. Wir geben zu, daß die vorzeitige Veröffentlichung des Tarifs ein taktischer Fehler war und daß es besser gewesen, wenn dieselbe unterblieben wäre. Aber unsere Absicht war die, die indifferenten Kollegen und Kolleginnen auf unsere Bewegung aufmerksam zu machen und für dieselbe zu gewinnen. Die Versammlung am 19. Dezember vorigen Jahres war sich darüber einig, daß wir noch nicht so weit sind, um einen Tarif in dieser Form den Prinzipalen vorlegen zu können und wurde beschloffen, vorläufig davon Abstand zu nehmen. Damit ist aber nicht gesagt, daß wir den Tarif irgend einem Museum einverleibt haben, um den kommenden Generationen als Kuriosum gezeigt werden zu können. Nein! Wir werden zu geeigneter Zeit und in veränderter Form damit wieder auf der Bildfläche erscheinen. Die Tarifkommission wurde nun beauftragt, einen anderen Weg zu suchen, auf welchem es möglich ist, eine Verbesserung unserer Lage herbei zu führen und in einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung geeignete Vorschläge zu machen.

In einer hierauf folgenden kombinierten Sitzung der Tarifkommission und des Vorstandes wurde beschloffen, an alle Prinzipale Breslaus ein modus vivendi zu richten und darin um eine allgemeine Lohnerhöhung zu ersuchen und zwar: bei einem Wochenlohn unter 20 Mark eine solche von 10 pCt., über 20 Mark eine solche von 7 1/2 pCt. Für Ueberstunden von 7-9 Uhr 10 Pfg. und von 9 bis 11 Uhr 15 Pfg. Zuschlag. Länger als bis 11 Uhr soll überhaupt nicht gearbeitet werden. Von der Verkürzung der Arbeitszeit haben wir vorläufig Abstand genommen. Es wurde ferner beschloffen, daß jeder Kollege und jede Kollegin das Schreiben vor der Uebergabe an den betreffenden Prinzipal mit seiner Unterschrift zu versehen hat. Die auf diese Weise gesammelten Unterschriften sollten für uns als Heerschau gelten.

Dieser Beschluß wurde der am 16. Januar stattgehabten öffentlichen Versammlung unterbreitet. Dieselbe war, da es sich gewissermaßen um eine Lebensfrage handelte, ziemlich gut besucht. Auch einige Maschinenmeister sowie der Bauvorsteher Herr Schlag waren anwesend. Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorgeslagenen einverstanden. Als den Zeitpunkt, bis zu welchem wir uns Antwort auf unser Schreiben erbaten, wurde der 9. Februar festgesetzt.

Da besagtes Schreiben in der höflichsten Form gehalten und unsere Forderungen mehr als bescheiden sind, glaubten wir zu der Annahme berechtigt zu sein, bei den Herren Prinzipalen ein wohlwollendes Entgegenkommen zu finden. Aber wie das in solchen Fällen zu geschehen pflegt, erhielten auch wir keine Antwort. Wir sind nun der Ansicht, daß wenn ein Bettler sich an irgend Jemand mit einer Bitte wendet, er doch wenigstens Antwort erhält. Durch dieses Verhalten Seitens der Herren Arbeitgeber, oder Brotgeber wie sie sich mit Vorliebe nennen, fühlten wir uns in unseren heiligsten Gefühlen verletzt und waren fest entschloffen, nicht auf halbem

Wege stehen zu bleiben. Die Vertrauensmänner wurden beauftragt, die Antworten persönlich einzuholen und der Versammlung am 20. Februar Bericht hierüber zu erstatten. Jeder nur einigermaßen mit den Verhältnissen vertraute Kollege hat das hierauf folgende Resultat vorausgesehen.

Die ausschlaggebenden Firmen wollen den Verband überhaupt nicht anerkennen, was nebenbei bemerkt nur noch eine Frage der Zeit ist. Die mittleren und kleineren Firmen schütten die hohen Papierpreise oder schlechten Geschäftsgang vor. Im Allgemeinen war man an Ausreden nicht verlegen. Allem Anschein nach wollten es die Herren auf eine Kraftprobe unsererseits ankommen lassen, die wir aber aus naheliegenden Gründen unterlassen mußten. Es galt nun für uns, eine andere Taktik einzuschlagen, um das, was wir auf geradem Wege nicht erreichen konnten, auf Umwegen zu erreichen versuchen und bei erstem Willen auch erreichen müssen, ja zum Theil schon erreicht haben.

(Fortsetzung folgt.)

Ortskrankenkasse für das Buch- druckgewerbe zu Berlin.

Wiederum liegt der sorgfältig ausgearbeitete Rechenschaftsbericht, der wirklich ein Stück sozialer Arbeit und sozialen Lebens darstellt, vor uns. Der Bericht ist nicht allein ein Thermometer für die verschiedenen Krankheitserscheinungen im Buchdruckgewerbe, sondern liefert den Beweis, daß die ganzen Kassenverhältnisse von der jeweiligen Geschäftskonjunktur, die, wenn sie aufsteigender Natur ist, weniger Krankheitserscheinungen erzeugt, als wie in der jetzigen Zeit, wo die Arbeitslosigkeit ihren Einzug fast in allen Gewerben gehalten hat und auch vorläufig festhält, abhängt. Ist es da zu verwundern, daß gut fundirte Krankenkassen, wie es die Berliner Buchdrucker stets gewesen ist, schließlich mit Defizits arbeiten?

Der beste Beweis ist doch das verfloffene Jahr, wo sich das Gesammtvermögen um 24.001,92 M. verringerte; die Zahlen beweisen am besten aus dem Bericht, daß Neuerungen auf dem Gebiete der Gesundheitspflege erhebliche Ansprüche an die Kasse stellten, wie wir unter Punkt 7 der Ausgaben über Kur- und Verpflegungskosten in Heilanstalten den hohen Betrag von 40.817,75 M. verzeichnet sehen. Wohl ist jedem kranken Mitgliede der Aufenthalt in einer Heilanstalt zu wünschen, aber dann darf sich auch Niemand windern, wenn sich der Vorstand gezwungen sieht, die wöchentlichen Beiträge um 5 oder 10 Pf. zu erhöhen.

Die Kasse an sich selbst hat im neuen Geschäftsjahr einen größeren Umfang angenommen sowohl in der Zahl der Mitglieder, als auch in Bezug auf den zu erledigenden Geschäftsvortreib.

Etwas Neues ist es, daß mit dem 1. Januar 1900 der Betrieb der Reichsdruckerei mit beinahe 1600 Versicherten durch Errichtung einer Betriebskrankenkasse aus unser Krankenkasse geschieden ist und trotzdem hatten wir am Schlusse des Jahres 16.478 Mitglieder gegen 16.048 im Vorjahre. Die einzelnen Mitgliederklassen zu einander haben sich ungünstig verändert, die Zahl der männlichen Mitglieder mit höheren

Beiträgen hat nur um 865 zugenommen, während die Zahl der weiblichen um 1019 stieg. Letztere Zunahme ist verursacht durch 792 Neumeldungen von weiblichen Mitgliedern (Zeitungsträgerinnen) von der Firma Ulstein & Co., welche ähnliche Einrichtungen in ihrem Geschäftsbetriebe getroffen hat, wie der Berliner Lokal-Anzeiger, der 3. 968 weibliche Mitglieder zur Kasse gemeldet hat, bei beiden Firmen sind also 1698 weibliche versicherungspflichtige Personen beschäftigt. — Jedenfalls sind die unkontrollierbaren und zu dem Buchdruckergerwebe in keiner Weise im Zusammenhange stehenden Zeitungsträgerinnen ein großer Schaden für die Kasse. (Der Verf.)

Zu alledem kommen aber auch noch andere Verluste, die der Bericht erfreulicherweise zum Besten giebt. Da sind folgende Schuldner verzeichnet: Buchdruckereibef. Paul Schrömmel mit 12,89 M.

E. Bisch	67,24
Paul Herrmann	313,77
Freiherr v. Broich	671,28

Insgesamt 1085,18 M.

Schrömmel ist nicht aufzufinden und Bisch und Herrmann brauchen nach § 52a des Kranken-Versicherungsgesetzes nur das auf sie selbst als Arbeitgeber entfallende Drittel der Beiträge, welche für die von ihnen beschäftigten versicherungspflichtigen Personen zur Kasse zu entrichten, zu zahlen. Die in solchen Buchdruckereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sind verpflichtet, ihren Kassenbeitrag (2/3 des Gesamtbeitrags) an die Kasse direkt abzuführen. Der Prinzipal muß aber dies durch dauernden Aushang in der Druckerei den Beteiligten zur Kenntnis bringen, außerdem aber bei jeder Lohnzahlung jedes Mitglied darauf hinweisen, daß es das Kassengeld selber an die Kasse abzuliefern hat. Nichtbefolgung dieser Bestimmungen seitens der Arbeitgeber werden durch empfindliche Strafen geahndet. Die Herren Bisch und Schrömmel sind ordentlich und empfindlich bestraft worden, wo Geldstrafe nicht genügt oder zu erhalten war, wurde Haftstrafe vollstreckt, aber — die Kasse mußte die Kosten bezahlen. — Die Mitglieder mögen sich nach solchen wahrheitsgemäßen Darstellungen versehen und lieber nicht von der Schwelle weichen, bis die Kassengeschäfte ihren vollständigen Erlidigung gefunden haben. Bei einem Freiherrn liegen die Dinge natürlich etwas anders.

Der Bericht sagt: Wegen den Freiherrn von Broich konnten diese Bestimmungen nicht angewandt werden, weil er inzwischen nicht mehr Arbeitgeber war (auch noch niemals direkt gewesen, D. Verf.). Die Zwangsvollstreckung war fruchtlos, denn die gepfändeten Gegenstände mußten als Eigentum der Freifrau wiedergegeben werden, er selbst aber hatte bereits den Offenbarungseid geleistet. Trotzdem versprach der Freiherr am 18. Oktober 1900 von seiner Schuld monatlich 25 M. abzuzahlen, hat dieses freiherrliche Versprechen aber nur einmal (im Oktober 1900) gehalten, eine weitere Zahlung hat die Kasse nach wiederholter Erinnerung nicht wieder erhalten.

Das wären noch geradezu die kleineren Kämpfe, mit denen die Kasse zu thun hat, denn auf der anderen Seite sehen wir die reichen Apothekenbesitzer, für deren Rezeptur Geld kein Wei ist. Es ist leicht möglich, sagt der Bericht, daß es zwischen den Krankenkassen und den Apothekenbesitzern zu einem Konflikt kommen kann. Bis jetzt haben sich dem geplanten gemeinsamen Vorgehen in Bezug auf den Rezepturrabatt 69 Kassen mit über 300.000 Mitgliedern angeschlossen. Die Erparnisse hierin könnten viel bedeutender sein, als dies durch den Rezepturrabatt zu erreichen ist, wenn viele Mitglieder nicht dem Glauben huldigen würden, daß die größte Flasche Medizin noch zu klein sei und die von gewissen Junsärzten durch viel Verschreiben noch in ihrem Glauben bestätigt werden. Ein bekannter Professor sagt: „Die Kranken bilden sich ein, ohne Medizin sei keine Heilung möglich. Wir Ärzte haben ihnen so lange von der Kraft des Apothekerkrams vorgepredigt, bis sie es glauben.“ Nach Professor Robert soll die Zahl der Verschreibungen dieser und ähnlicher Art Legion betragen.

Es wäre aus dem Bericht noch so viel Interessantes für unsere Kollegen und Kolleginnen anzuführen, aber wir meinen, daß doch jeder die Pflicht hat, sich den Rechenschaftsbericht, der in den nächsten Tagen in aller Hände sein wird, nicht nur anzusehen, sondern auch genau zu verfolgen. — m. —

Palschawirthschaft.

Aus der Sächsischen Arbeiterzeitung entnehmen wir folgende Gerichtsverhandlung vom 17. Januar 1901. Eines schmällichen Hereinfall erlitt gestern Herr Gerion Wechselmann, Inhaber der Firma Wechselmann u. Thorschmidt, Dresden, Zirkusstraße, mit seiner gegen unseren Redakteur Genossen Riem angeklagten Verleumdungsklage. Es handelte sich bei dieser Klage um eine Notiz in Nr. 286 unserer Zeitung vom 11. Oktober v. J. Zum besseren Verständnis wollen wir ihren Inhalt kurz wiedergeben. Unter der Spitzmarke „Ein sauberer Arbeitgeber“ hatten wir im Anschluß an eine Gewerbegerichtsverhandlung und mit Bezug auf ihre Ergebnisse Wechselmann vorgeworfen, daß er sich einer seiner Arbeiterinnen, einem 17-jährigen Mädchen, gegenüber eines Sittlichkeitsverbrechens schuldig gemacht habe, einem anderen gleichfalls bei ihm beschäftigten Mädchen habe er zehn Mark geboten, wenn sie sich ihm hingäbe. An diese Thatsachen war eine entsprechende scharfe Kritik geknüpft und die Erwartung ausgesprochen, daß sich der Staatsanwalt mit der Sache befassen würde.

Herr Wechselmann zitierte Genossen Riem, der die Nummer verantwortlich gezeichnet, zunächst vor den Friedensrichter; unser Redakteur lehnte dort jedoch jede Einigung ab. Gestern Vormittag kam diese Sache nun zum gerichtlichen Austrag, nachdem vom Genossen Riem hier ebenfalls jede Einigung rundweg abgelehnt worden war und er sich erboten hatte, den Wahrheitsbeweis für die in der angezogenen Notiz behaupteten Thatsachen zu erbringen.

Der Vorsitzende schloß in Anbetracht des delikaten Verhandlungsgegenstandes die Öffentlichkeit aus, trotzdem Wechselmann die Unpersönlichkeit besaß, die ihn, nebenbei gesagt, auch während der ganzen Verhandlung nicht verließ, sich gegen diese Maßnahmen zu wenden. Er sei durch die Notiz geschädigt vollständig ruinirt und hätte ein Interesse daran, daß auch vor aller Öffentlichkeit die angeblich in der Notiz enthaltenen Unwahrheiten dargelegt würden. Genosse Riem hätte natürlich auch nichts gegen die Öffentlichkeit gehabt.

Die Beweisaufnahme ergab nun aber für den Kläger ein geradezu niederschmetterndes Resultat. Es ging aus ihr hervor, daß der schon ältere verheiratete Unternehmer sich in einer Weise seinen Arbeiterinnen gegenüber aufführt, die einfach standalös genannt werden muß. Schläpfrige Wiße und veränsliche Fragen über geschlechtliche Vorgänge scheute er sich nicht, bei seinen zum Theil noch sehr jungen Arbeiterinnen anzubringen. Die 17-jährige Sch. ließ er allein länger arbeiten, um seine unsauberen Begierden bei dem halben Kind zu befriedigen. Allerdings wurde er in seinem Beginnen gestört. Es befand sich mit ihr allein im Papiertager und hatte sie auf seinen Schoß gezogen, um sie, trotz ihres heftigen Sträubens und ihres fortwährenden Wiltens, sie gehen zu lassen, zu mißbrauchen, als er durch das Kopfen der Schwester des jungen Mädchens, die sie abholen wollte, in seinem verbrecherischen Vorhaben gestört wurde. Vielleicht zu seinem Glück; denn sonst wären die Kriterien der vollendeten Nothzucht erfüllt worden und W. vielleicht nicht dem Zuchthaus entgangen. An einem Dienstag hatte sich dieser aus leicht begreiflichen Gründen diskret geschilderte Vorfall zugetragen und am Donnerstag darauf mußte das junge Mädchen den Arzt in Anspruch nehmen, der konstatiert hat, daß die Krankheit durch Ansteckung entstanden sei. W. behauptete dem gegenüber, noch nie geschlechtskrank gewesen zu sein, mußte sich aber kurz darauf Büßen strafen lassen, da ihm nachgewiesen wurde, daß er schon während seiner Militärzeit geschlechtskrank gewesen sei. Auch schon vor diesem Vorfall hat W. Versuche gemacht, das junge Mädchen seinen unsauberen Wünschen gesügig zu machen. Wechselmann leugnete rundweg alles ab. Es soll alles nur ganz harmlos — nicht etwa in ironischem Sinne — hergegangen und die Mädchen von anderer Seite gegen ihn aufgehetzt worden sein. Er verwickelte sich dabei in die ekkelantesten Widersprüche. Ganz besonders that er sich etwas auf ein Schriftstück zu gute, in dem die Sch. bekundet, nicht von W. vergewaltigt worden zu sein, nachdem W. ihr den Begriff des Vergewaltigens klar gemacht hätte. Es ist auch, um das hier gleich einzuflechten, ein Verfahren von der Staatsanwaltschaft gegen W. eröffnet, jedoch wieder eingestellt worden. Hauptächlich wohl mit Rücksicht auf jenes

Schriftstück, das nur der Unkenntnis des juristischen Begriffes der Nothzucht seine Entstehung zu verdanken scheint. Offenbar ist aber deswegen Herrn W. der Mißbrauch bedeutend gewachsen.

Die zweite Zeugin K. bestätigte vollinhaltlich die Richtigkeit unserer Behauptung: „W. habe ihr 10 Mark geboten, wenn sie sich ihm hingäbe.“ Der Umstand, daß gerade jemand gekommen, hat sie vielleicht vor ernstern Attacken bewahrt; denn sie besand sich mit dem Kläger ebenfalls allein. Er verstand das offensichtlich immer so einzurichten. Auch auf diesen Vorgang konnte sich W., der überhaupt an einer merkwürdigen Gedächtnißschwäche litt, absolut nicht besinnen.

Er hatte fortwährend neue Einwürfe und Verweisanträge und war eifrig aber erfolglos befreit, die Glaubwürdigkeit und das sittliche Verhalten der Hauptzeugin zu diskreditiren und sie in Widersprüche zu verwickeln. Als ihm das nicht gelang, beantragte er noch die Vernehmung seines Lehrlings und seines Faktors; aber auch deren Aussagen waren nicht geeignet, die Glaubwürdigkeit der Zeuginen zu beeinträchtigen. Der Herr Faktor Buhle konnte sich gerade auf das, worauf es ankam, erst nicht besinnen. Nach einer ernstlichen Mahnung des Vorsitzenden und einer Konfrontation mit der Zeugin Sch. lehnte jedoch das Gedächtniß zurück, und er mußte verschiedene Aussagen der Sch. als richtig bestätigen. Eine weitere Zeugin, die sehr unbestimmt in ihren Aussagen war, wurde nicht vertribigt. Auf die Vernehmung des Gewerbeberichters Herrn Stähling wurde verzichtet. Damit war die Beweisaufnahme, die ziemlich zwei Stunden in Anspruch genommen, beendet. Die Zeuginen wurden vertribigt.

Der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Dr. Thieme, erachtete den Wahrheitsbeweis für nicht gelungen und bezweifelte die Glaubwürdigkeit der Zeugin Sch., besonders im Hinblick auf das von uns gekennzeichnete Schriftstück. Die Ausdrücke „sauberer Arbeitgeber“ und „Musterarbeitgeber“ seien unter allen Umständen beleidigend, und auch die Verbreitung könne in Betracht. Er beantrage Verurteilung des Angeklagten.

Genosse Riem führte demgegenüber aus, daß durch die beschworenen Aussagen der Zeuginen K. und Sch., deren Glaubwürdigkeit zu erdhitern nicht gelungen, der Beweis der Wahrheit voll erbracht sei. Das auf so eigenthümliche Weise von der Sch. unterzeichnete Schriftstück habe nicht die geringste Beweiskraft, da sich die Zeugin über den Begriff Vergewaltigung nicht klar gewesen sei. Wenn aber den Zeuginen Glauben geschenkt werden müsse, dann seien die Ausdrücke „sauberer“ und „Musterarbeitgeber“ noch viel zu milde für einen Mann, der seine Stellung als Unternehmer zu derartigen unästhetischen Geffessen gegen seine Arbeiterinnen benutze. Die Arbeiter-Zeitung belämpfe aufs schärfste solche unsauberen Manipulationen und habe er es deshalb für angebracht gehalten, den betreffenden Gewerbegerichtsbericht in der vorliegenden Form zu bringen, um andere Arbeitgeber von ähnlichen Sachen abzuschrecken. Er erwarte seine Freisprechung.

Das Urtheil des Gerichts lautet denn auch nach kurzer Verathung, auf Freisprechung. Der Kläger Wechselmann hat sämtliche Kosten der Verfahrens zu tragen. In der Begründung wurde ausgeführt, daß der Wahrheitsbeweis als erbracht anzusehen sei. Wenn auch nicht direkt Vergewaltigung vorliege, so sei doch bewiesen, daß er sich an seiner Arbeiterin sittlich vergangen habe. In diesem Falle seien aber die Ausdrücke „sauberer Arbeitgeber“ und „Muster-Arbeitgeber“ als nicht unangebracht anzusehen.

Wir können mit dem Ausgange dieses Prozesses zufrieden sein. Ob Herr Wechselmann auch? Wir glauben es schwerlich. Er ist aber schließlich nur ein Exemplar von den leider zahlreichen Arbeitgebern, die sich nicht scheuen, die Arbeitskraft ihrer Arbeiterinnen für möglichst geringen Lohn auszunutzen, und obenrein sich auch noch an ihrer weiblichen Ehre zu vergreifen. Und dabei ist der Mann strafrechtlich noch nicht einmal zu fassen.

Dieser Fall beweist aber wieder einmal zwingend, wie dringend nöthig der an dem Widerstande der Regierung und der reaktionären Parteien leider gescheiterte sog. Arbeitgeber-Paragrah der Ler-Steinze ist, der derartige Unternehmer mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestrafen wissen wollte. Wäre er

mit der Ley Feinze Gesetz geworden, dann könnte man diesen Fabrik Paschas das unsaubere Panbweil gründlich legen. So wird es — immerhin nur selten — höchstens möglich sein, sie an den Kranger der Dessenlichkeit zu stellen in ihrer ganzen „sittlichen Vollkommenheit“.

Ob der Staatsanwalt sich nach dem Ergebnis dieser Verhandlung noch einmal mit dem Herrn Wechselmann beschäftigen wird, können wir natürlich nicht wissen. Die Möglichkeit dazu ist unseres Erachtens durchaus nicht ausgeschlossen, nachdem festgestellt ist, daß W. unter Anwendung von Gewalt die Arbeiterin zur Duldung einer unächtigen Handlung gezwungen hat. (§ 178 des St.-G.-B.)

Eingefandt.

In seinem Rundschreiben vom 23. Januar d. J. weist der Verbandsvorstand unter andern auch auf die Vermögensgegenstände hin, die den einzelnen Zahlstellen durch die Uebernahme der „Solidarität“ in Zukunft gewährt werden.

Man kann wohl mit Bestimmtheit annehmen, daß sämtliche Zahlstellen diesem Anerbieten ihre volle Zustimmung gegeben, insbesondere aber wird man allgemein über die kostenlose Aufnahme von Versammlungsangelegenheiten befreit sein. Man sollte nun meinen, daß von dem betreffenden Zeitpunkt ab sämtliche Zahlstellen von den ihnen gewährten Rechten auch ausgiebigen Gebrauch machen und ihre Versammlungsberichte sowie Versammlungsangelegenheiten nicht einbringen würden. Wenn man jedoch den Inhalt unseres Verbandsorgans genau verfolgt, so wird man bald finden, daß dem nicht so ist. So haben z. B. bis in der zuletzt erschienenen Nummer vom 31. März insgesamt nur 13 Zahlstellen, incl. der zuletzt gegründeten, Königsberg und Schwerin, Versammlungsberichte veröffentlicht. Und noch weniger (12) machten ihre Versammlungen bekannt. Besuchen nun gegenwärtig — soweit aus der letzten Nummer der Sol. ersichtlich ist — 22 Zahlstellen, so haben also, wenn man die oben genannten, zuletzt gegründeten außer Betracht zieht, netto die Hälfte von den ihnen gewährten Rechten Gebrauch gemacht.

Ein jedes Verbandsmitglied, das nur einigermaßen Interesse an unserer Organisation hat, wird sich nun verwundert fragen, woran liegt das? Halten die übrigen Zahlstellen überhaupt keine Versammlung ab, oder finden es deren Schriftführer, vorausgesetzt, daß solche gewählt werden, nicht für notwendig, Berichte einzufenden?

Es ist doch kaum anzunehmen, daß die betreffenden Zahlstellen schon länger als ein Vierteljahr keine Versammlungen mehr abgehalten haben. Oder sollte dies wirklich der Fall sein? Dann könnte man wohl mit Recht wünschen, daß die betr. Zahlstellenvorstände diesem Liebesdienst, wenn irgend möglich, bald abstellen möchten. Denn allzu langes Ruhen wirkt erschlafend. Und das bisshen Interesse, daß die meisten Kollegen und Kolleginnen besitzen, schläft nur zu bald ganz ein, wenn es nicht von Zeit zu Zeit einmal wachgerüttelt wird. Und dieses kann doch nur am besten in Versammlungen geschehen. Wiederrum sollte es sich aber auch jede Zahlstelle, auch die kleinste, zur Pflicht machen, Berichte von jeder Versammlung zur Veröffentlichung einzulenden. Dadurch werden die Mitglieder der Zahlstelle gewiß auch unserem Verbandsorgan mehr Interesse abgewinnen.

Vergleichen die Vorstände sind aber auch von besonderer Wichtigkeit für alle anderen Zahlstellen, indem, wie schon der Verbandsvorstand in seinem Rundschreiben hervorhob, den Mitgliedern Gelegenheit gegeben wird, sich über die Verhältnisse in anderen Zahlstellen zu orientieren, dadurch ihre Kenntnisse zu bereichern und sich dementsprechend bewährte Verbesserungen zu Wege zu machen, hingegen manche aus Unkenntnis erscheinende Fehler zu vermeiden. Ein jedes Verbandsmitglied muß auch ein Interesse daran haben, von der Existenz und Entwicklung aller Zahlstellen öfter als bisher unterrichtet zu werden.

Hoffen wir also, daß in Zukunft in dieser Beziehung eine etwas regere Tätigkeit eintritt und jede Zahlstelle jeden Versammlungsbericht in der Solidarität veröffentlicht.

M. T.

Versammlungen.

Berlin. Nicht ganz so gut bejagt wie die vor einem halben Jahre war die am 24. März tagende Generalversammlung der Christenbrüder für das Buchdruckergewerbe. Zunächst beachtliche sich dieselbe mit dem gebrauchten vorliegenden Rechenschaftsberichte, aus welchem zu ersehen, daß sich im abgelaufenen Geschäftsjahre das Gesamtvermögen der Kasse um 24901,02 M. verringert hatte, hervorgerufen einestheils durch den Kursrückgang, anderenteils durch die immer mehr zunehmende Zahl der Kranken. Weiter hat auch das Verhältnis der einzelnen Mitgliederklassen zu einander eine ungünstige Veränderung erfahren; denn während die Zahl der männlichen Mitglieder, mit höheren Beiträgen, um 863 zunahm, geschah dies bei den weiblichen Mitgliedern um 1019. Verursacht wurde dies durch Neumeldung von 732 weiblichen Mitgliedern (Zeitungsträgerinnen) von

der Firma Klüfstein & Co., welche ähnliche Einrichtungen in ihrem Geschäftsbetriebe getroffen hat wie der Berliner Lokal-Anzeiger, der z. B. 966 weibliche Mitglieder zur Kasse gemeldet hat. Bei beiden Firmen sind also 1698 weibliche versicherungspflichtige Personen beschäftigt. Es wurde denn auch allgemein die schlechte Geschäftslage bedauert und verschiedene Mittel und Wege zur Vorbeugung eines weiteren Defizits vorgeschlagen. Während einerseits eine schärfere Krankentontrolle gewünscht wurde, versprach man sich andererseits durch mehr Inanspruchnahme der Naturheilmethoden, noch andere durch Herabsetzung der Leistungen event. durch Erhöhung der Beiträge eine Besserung der Verhältnisse. Was den Wunsch der schärfere Krankentontrolle anbetrifft, so hatte der Vorstand demselben bereits durch Anstellung eines zweiten ständigen Kontrolleurs, und zwar in Rücksicht auf die vielen weiblichen Kranken einer Kontrolleurin, sowie durch häufigere Kontrollen sämtlicher Kranken Rechnung getragen. Besser noch würde es aber sein, wenn die Mitglieder selber öfter diesen Sicherheitsdienst übernehmen würden, da sie dadurch doch nur ihr eigenes Vermögen sichern. Ferner wurde aufgefordert, alle Medizinikalien und Krüge wieder zurückzugeben. Auch der vor mehreren Jahren gefasste Beschluß, die Rezepte von Nicht-Kassenärzten zu honorieren, wurde aufgehoben. Mit ganz besonderem Interesse wurde der Bericht über den Stand der Verhandlungen mit den Apothekern entgegengenommen. Wie schon bekannt gegeben wurde, haben sich 69 Kassen mit über 400 000 Mitgliedern zusammengeschlossen, um einen Rezepturrabatt von den Apothekern zu erzielen. Die damit beauftragte Kommission wurde jedoch so lange hingezogen, bis eine feste Vereinbarung der Apothekenbesitzer geschlossen war, die dann dies Ansuchen irritierte ablehnte. Inzwischen hat nun eine Verammlung der Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten stattgefunden, in welcher die Kommission über die ablehnende Antwort berichtete, und wurde dann folgender Kampffplan festgesetzt: Vom 1. Mai ab soll eine Liste mit etwa 50 bis 60 Apotheken herausgegeben werden, von denen allein die Medikamente auf Kosten der Kassen hergestellt werden dürfen. In anderen Apotheken angeforderte Medikamente werden von den Kassen nicht honoriert. Außer der Apothekenliste wird auch eine Liste der Drogisten angefertigt, und sollen von diesen alle freigegebenen Arzneimittel bezogen werden. Falls die Apothekenbesitzer den Kassen den Kredit absagen, so sollen die Kassenmitglieder den Betrag für die Medikamente bar bezahlen und bei der Kasse kassieren, event. wird ihnen der notwendige Betrag in den Drogengeschäften vorgeschossen. Mit der Drogisten-Jungung sind bereits die diesbezüglichen Vereinbarungen getroffen. Auch mit größeren Ärztevereinigungen haben bereits Verhandlungen stattgefunden, um eine für die Kassen günstigere Verordnungsweise herbeizuführen. Ferner soll eine rege Agitation unter den Kassenmitgliedern stattfinden und durch die Presse, Flugblätter etc. und in Versammlungen für die notwendige Aufklärung gesorgt werden. Nach kurzer Diskussion im zustimmenden Sinne gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die heute im Luisenstädtischen Konzerthaus versammelten Vorstandsmitglieder und Verwaltungsbeamten Berlin und der Vororte erklären sich mit dem entwickelten Kampffplane durchaus einverstanden und verpflichten sich, mit allen Kräften das Vorgehen der Generalkommission gegen die Apotheker zu unterstützen.“

Der Kampf wird sich zunächst auch auf Nixdorf, Charlottenburg und Schöneberg erstrecken, da sich die hier in Betracht kommenden Kassen dem Vorgehen der Berliner Kassen angeschlossen haben.

Königsberg. Am Mittwoch, den 27. März fand die konstituierende Versammlung der Königsberger Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen statt. Die Versammlung nahm zunächst von dem provisorisch gewählten Vorsitzenden, Schriftführer Haneberg, einen Rückblick über die Entwicklungsgeschichte der Organisation am hiesigen Plage entgegen. Derselbe führte aus, daß die Vorkämpferin getroffen und es jetzt lediglich in die Hand der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen liege, durch geschlossenen Beitritt zu ihrer Organisation eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Sodann hielt der Buchdrucker Braum einen äußerst interessanten Vortrag. Er führte den Anwesenden nachdrücklich die Notwendigkeit einer Organisation vor Augen, da es doch Tatsache sei, daß nur durch eine solche die Lebenslage der Arbeiter gehoben werden kann, umso mehr als durch die erhebliche Vertheuerung der Lebensmittel eine Aufbesserung der Löhne dringend erforderlich ist. Hieran schloß sich eine äußerst lebhafteste Debatte, die zur Folge hatte, daß sich viele Anwesende in den Verband angeschlossen haben. Es wurde sodann zur Wahl des definitiven Vorstandes geschritten, der sich aus folgenden Personen zusammensetzt: 1. Vorsitzende Frau Emilie Braun, 2. Vorsitzende Margarete Gronert, ferner Helene Wainowski, Anton Zelgus, Gustav Behr. Ein gemüthliches Beisammensein nach Schluß der Versammlung verließ in anregender Weise.

Stipp. Am 29. März er. fand hier eine gemeinschaftliche Versammlung der Buchdruck. Maschinenmeister mit dem Hilfspersonal statt. Beim 2. Punkte der Tagesordnung, Maschinenmeister und Hilfspersonal, referierte

der Vorsitzende des Verbandes der Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Carl Wittig-Berlin. Derselbe führte zunächst die schlechten Organisationsverhältnisse unter den Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen hieselbst an und meinte, daß an diesem Zustande das gespannte Verhältnis, welches zwischen den Maschinenmeistern und dem Hilfspersonal herrsche und welches auf das vor längerer Zeit gehaltene Referat des Hilfsarbeiters Friedemann zurückzuführen sei, Schuld trage. Dieses Referat sei einseitig behandelt worden und sei der Referent in den Fehler verfallen, für die Uebergriffe einzelner die Gesamtheit verantwortlich zu machen. Der vernünftig denkende Theil des Hilfspersonals erkenne anstandslos die Autorität des Maschinenmeisters an, doch sei es aber auch durchaus notwendig, daß der Maschinenmeister von seiner Autorität keinen willkürlichen Gebrauch mache. Hier sei der Punkt, wo man den Gehel ansetzen und wo der Maschinenmeister belehrend einwirken könne. Redner führt ferner aus, daß es bedauerlich sei, daß durch einzelne Zwischenfälle, die wiederum meistens auf persönliche Reibereien zurückzuführen seien, ein derartiges Verhältnis zwischen zwei Theilen, die gerade am Nothwendigsten hätten, zusammen zu marschieren, Platz gegriffen habe und wäre dies um so bedauerlicher, da ja die Organisationsbestrebungen der Hilfsarbeiter vom Verband der Deutschen Buchdrucker in anerkannter Weise unterstützt würden. Redner stellt dann die Berliner Verhältnisse den in Belgien vorherrschenden gegenüber und wünscht, daß nun endlich die Streitigkeiten zwischen den Maschinenmeistern und dem Hilfspersonal aufhören mögen und hofft derselbe, daß die Maschinenmeister nach der heutigen Aussprache uns mehr und ausgiebiger wie bisher unterstützen werden, damit es auch dem Belgischer Hilfspersonal gelänge, seine unendlich traurige Lage aufzubessern. In der sich dem Vortrage anschließenden Diskussion, ergiff zunächst Herr Kretschmar, Vorsitzender der Kommission der Drucker und Maschinenmeister, das Wort. Derselbe legt zunächst seinen Kollegen die Gründe dar, welche die Kommission bewogen hätten, den zur Diskussion stehenden Punkt mit auf die Tagesordnung zu setzen und streift hierbei ebenfalls das zeitliche Referat des Friedemann. In seinen vorzüglichsten Ausführungen ging derselbe auf die jetzt bestehenden Verhältnisse ein und stellt es auch als durchaus notwendig hin, daß beide Theile zusammen und sich nicht entgegen arbeiten. Fehler seien wohl auf beiden Seiten vorgekommen, doch soll man dafür nicht die Allgemeinheit verantwortlich machen, wie geschehen, sondern man solle versuchen, die Fehler zu vermeiden. Hierzu sei in erster Linie der Maschinenmeister befähigter, da derselbe auf Grund seiner sozialen Stellung und auf Grund seiner Erfahrungen im Buchdruckerstande mehr Ueberlegung und in gewerkschaftlicher Beziehung wohl auch mehr Bildung besitze. Friedemann erklärt, daß wenn er sein damaliges Referat heute halten sollte, er es nach genügender Kenntniss nicht thun würde. Er sei seinerzeit selbst falsch informiert worden und hätte eigentlich nur beabsichtigt, eine Aussprache, wie heute, herbeizuführen. Maschinenmeister Ödzig führt aus, daß ein großer Theil der Drucker nicht erschienen sei, weil dieselben Anstoß an dem zweiten Punkte der Tagesordnung genommen hätten. (Sehr bedauerlich. Die Med.) Kretschmar bedauert, daß es gerade die sich sonst radikal ausprägenden Maschinenmeister sind, die nicht den Muth gefunden hätten, zur heutigen Versammlung zu kommen. Er ist aber der Meinung, daß nach der heutigen Aussprache, der größte Theil der Maschinenmeister seine vorherige Meinung ändern würde, und Zustände eintreten werden, wie sie zu einem solidarischem Zusammenarbeiten nothwendig sind. Nachdem noch der Referent in seinem Schlußwort denselben Wunsch äußert, wurde die Versammlung nach Erledigung einiger interner, die Maschinenmeister betreffenden Angelegenheiten, geschlossen.

Rundschau.

Milde Richter gefunden hat der Buchdruckereibesitzer Louis Mosler, Wittigstraße der Buchdruckerei von Louis Borchardt, Wilhelmstraße 119/20. Derselbe war am 16. Oktober v. J. wegen verschiedener unzüchtlicher Angriffe, die er an die bei ihm beschäftigten Arbeiterinnen begangen hatte, vom hiesigen Schöffengericht zu 4 Wochen Gefängnis verurtheilt worden. Dieser Tage hatte die V. Strafkammer, Landgericht I, als Berufungsinstanz, über diesen Fall zu urtheilen. In dieser Verhandlung, die unter strengstem Ausschluß der Dessenlichkeit stattfand, und von Morgens 9 Uhr bis Abends 8 1/2 Uhr dauerte, befanden sich 50 Zeugen denselben Thatbestand, der sich aus der Vorerhandlung ergeben hatte. Trotzdem traten beide Theilhaber, die Justizräthe Kleinholz und Caspel, für Freisprechung des Angeklagten ein, indem sie denselben als eine von den Arbeiterinnen verführte Unschuld hinstellten — auch habe die Vorsitzende des Willen und das hohe Alter des Angeklagten nicht in Betracht gezogen. Der Staatsanwalt und der Nebenkläger, Rechtsanwalt Dr. Liebkecht, plädairten für Verurteilung der Verurteilung, da in der Verhandlung von der That des Angeklagten nichts abgemildert und auch keine weitere mildernde Umstände zu Tage getreten wären, strafverjährend kämen heute noch die Verurteilung des An-

geklagten hinzu, anhängende Mädchen durch haltlose Beschuldigungen in den Schmutz zu zerren. Das Gericht stellte sich prinzipiell auch auf den Boden des Richters, glaubte aber in Anbetracht des hohen Alters des Angeklagten, für diesmal von einer Gefängnisstrafe absehen zu können und wandelte je einen Tag Gefängnis in 15 Mt. Geldstrafe um. Das Erkenntnis lautete daher auf 15 Mt. x 28 Tage = 420 Mt. Geldstrafe und die Kosten für beide Termine und des Vorverfahrens. Dessenfalls wird der laubere Herr Chef aus dem Gang der Verhandlung die Lehre mit nach Hause genommen haben, daß er zwar die Arbeitskraft der Arbeiterin, aber nicht beim Engagement auch den Körper derselben kauft.

Berichtigung. In dem in Nummer 7 der „Solidarität“ veröffentlichten Artikel „Gesetzlicher Arbeiterschutz“ ging uns von der Geschäftsleitung der Firma „Ferd. Aschelm“ folgende Berichtigung zu:

In dem in der Nummer 7 Ihrer Zeitschrift vom 31. März erschienenen Artikel „Gesetzlicher Arbeiterschutz“ wird behauptet, daß in meinem Betriebe den jugendlichen Arbeiterinnen unter 14 Jahren nicht die gesetzlichen Pausen gewährt werden. Da dies eine unwahre Behauptung ist, so erlaube ich um Aufnahme folgender Berichtigung:

„In meinem Betriebe ist die Arbeitszeit eine 9-stündige. Die Pausen sind für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, auch für die jugendlichen, die gleichen. Die Arbeitszeit und die Pausen entsprechen den polizeilichen und gesetzlichen Vorschriften.“

Ferd. Aschelm.
Es ist ja erfreulich, daß, nach der Versicherung des Herrn A., die bei ihm beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen nur 9 Stunden arbeiten brauchen und auch die Pausen den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Der Artikelschreiber sagt aber nun auch nicht, daß die Pausen nicht vorgeschrieben sind, sondern nur, daß dieselben nicht innegehalten werden, und ist in der Berichtigung nichts enthalten, welches dem widerspricht. (D. H.)

Die Berliner Schriftzettelhergehilfen, Arbeiter und Arbeiterinnen, erzielen durch einiges und energisches Vorgehen eine Verkürzung der Arbeitszeit von einer halben Stunde. Dieselben werden vom 1. Mai ab, nur 8 1/2 Stunden täglich arbeiten. Ebenso wurde das Minimum des Wochenlohns auf 28,50 Mt. normiert. Diese Vereinbarung wurde auf 5 Jahre festgelegt. Ein geradezu großartiger Erfolg in der jetzigen schlechten Zeitperiode.

Ein geminnes und niederträchtiges Streich beging der bisher unbefristete Buchdruck- und Maschinenmeister Ernst Julius Unger. Die Sächs. Arbeiterzeitung berichtet: Der 1863 in Silberdorf geborene Angeklagte war bis zu seiner Verhaftung in der Druckerei des Dresdener Journals tätig. Seine Stellung als technischer Vorgesetzter benutzte er dazu, die Arbeiterin St., welche im selben Geschäft tätig war, zu veranlassen, ihm geschlechtlich zu willig zu sein. Die St. wurde schwanger, und um sich seiner Alimentationspflicht zu entziehen, beschwor Unger vor Gericht, er habe mit der Zeugin in der fraglichen Zeit nicht geschlechtlich verkehrt. Die Verhandlung ist geheim. Das Urteil lautet auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust sowie Aberkennung der Befähigung, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden.

Literatur.

„In freien Stunden“, illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk in Wochenheften à 10 Pf. Die Lieferungen 13 bis 14 enthalten die Fortsetzung des Romans „Dombey und Sohn“ von Charles Dickens und „Ganna“, Roman von H. Sinkiewicz. Wir können unseren Lesern diese Romanbibliothek immer wieder empfehlen und ihnen nur anraten, in Bekanntheit für weitere Verbreitung zu agitieren; der Dickens'sche Roman ist in Handlung wie Charakterisierung geradezu glänzend. In den nächsten Heften beginnt eine neue Novelle: Fortunatus von Tolai; eine spannende Geschichte aus den Zeiten der Judenverfolgungen.

Jeder Kolporteur, jeder Buchhändler (auch die Post zum Vierteljahrespreis von Mt. 1,20), Postzeitungskatalog Nr. 8223) nimmt Bestellungen auf diese 10 Pf.-Hefte an. Wir empfehlen unseren Lesern dringend das Abonnement. Zur **Wochenschrift** hat die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Neuhofstr. 2, jeden 2. Neuenreichungen herausgegeben: ein Theaterstück: Der 1. Mai, das einfach in der Szenarie, spannend in der Handlung, leicht aufzuführbar für Vereine und Gewerkschaften zu Arbeiterfesten von großer Wirkung sein wird. (Preis Mt. 1,—; zur Ausführung nötige 11 Rollen Mt. 5,50.) Ferner: Eine Agitationsbroschüre besonders für Gewerkschaften und politische Vereine: Zum **Arbeitertag**. Historisches und Agitationsstück über Arbeiterschutz und Achtundtags. Von H. Braun. (Preis 20 Pf.) Die Schrift erörtert die Gründe für Arbeiterschutz und Arbeitszeitverkürzung, widerlegt die Einwände der Gegner, bringt eine Uebersicht über die Erfolge dieser Bewegung in den einzelnen Ländern auf dem Gebiete der Gesetzgebung und der Praxis und legt klar, welches Interesse Gewerkschaften

und die Sozialdemokratie am Achtundtags haben müssen, was dieser kann und was er nicht kann! Wir empfehlen diese beiden Schriftchen unseren Lesern nachdrücklich.

Der **Süddeutsche Postillon** bietet seinen Lesern in der neuesten Nummer wieder viel des Interessanten. Dem Titelblatt dient zum Vorwort die Erhebung Berlins zur Provinz. Mit seiner Ironie führt uns der Künstler im Bilde vor, wie die Stadt die neue Bürde des Oberpräsidiums mit Würde trägt. Daß die agrarische Laus nicht nur den deutschen Michel plagt, sondern auch dem russischen Bären im Pelze sitzt, das wird uns im Schlußbilde gezeigt, das ein Meisterstück der politischen Karikatur genannt wird. Auch die gesellschaftliche Satire kommt voll zur Geltung. Das nächtliche Freiben eines frommen Heize-Pastors wird durch Kindermund der brauen Frau Pastorin verrathen. O wie entsetzt terribles! Auch der zeitliche Theil zeichnet sich durch eine natürliche, urwüchsige Frische aus. Freunden eines gesunden Humors wird die Lektüre sicher eine vergnügte Stunde bereiten.

Redaktions-Briefkasten.

Maschinenmeister-Verein Kiel. Besten Dank für die Uebersendung. Gemüthliche Lieferung von zwei Exemplaren wird in Zukunft prompt weiter erfolgen.

Besten Gruß **Wittig**.
Leipzig. Artikel wegen Titel der Zeitung mußte nochmals zurückgestellt werden.

Adressen-Verzeichniß

der **Verbände und Arbeitsnachteile in den graphischen Berufen.**

Hilfsarbeiter u. Hilfsarbeiterinnen:

Verband der in Buchdruckereien und verwandten Berufen beschäftigten Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.

Alle Anfragen sind an Herrn **Karl Wittig**,
Laufiger-Platz 12 bei Stephan, zu richten.

Alle Geldsendungen an Herrn **Heinrich Lodaß**,
Adalbertstr. 94, v. III.

An den Verband haben sich folgende Vereine angeschlossen:

Berlin, Hilfsarbeiter. Vorsitzender: **Robert Wahle**,
Reinoldsdorferstraße 7 v. 4. Arbeitsnachweis
H. Jahn, Holzmarktstraße Nr. 13, Telefon:
Amt VII, 1456.

Berlin, Hilfsarbeiterinnen. Vorsitzende: **Fräulein**
Gertrud Striegel, W., Ritterbergstr. 20 S. III.
Arbeitsnachweis **Ida Gottwald**, Jüdenstr. 35/36.
Telephon Amt I, 8886.

Breslau, Vorsitzender: **Albert Abend**, Salvator-
platz 5 part. Kassirer: **Paul Scholz**, Vincenz-
straße 57 II. Arbeitsnachweis: **Alb. Abend**.

Hamburg, Vorsitzender: **Adolf Warner**, Hamburg,
St. Georg, Revalerstr. 18 Kassirer: **Ed. Räger**,
Hamburg, Dammtorwall 15/16, Restaurant
Brüder. Arbeitsnachweis ebenda.

Leipzig-Stötteritz, Vertrauensmann: **Otto**
Schulze, Leipzig-Neuditz, Littenstr. 23, Kassen-
vertrauensmann: **Franz Reihorn**, Leipzig-
Vollmarsdorf, Eisenbahnstr. 122 IV.

Dresden, Vertrauensmann: **Oskar Krumpfert**,
Dresden-N., Streichenstr. 23, Kassen-Vertrauens-
mann: **Max Thürsch**, Dresden-Nitsch,
Wittenstr. 20.

Hannover, Vorsitzender: **Friedrich Knäbel**,
Al. Düvelstr. 7.

Stuttgart, Vorsitzender: **Christian Wennagel**,
Kotzebühlstr. 143.

Mannheim, Vorsitzender: **W. Stubenbaum**,
H. 5, 16.

Karlshöhe, Vorsitzender: **Karl Braun**, Kirch-
straße 22 III. Kassirer: **Ludwig Nilm**, Garten-
straße 2 III.

Galle a. d. Saale, Vorsitzender: **Otto Hiertl**,
Domstr. 1 II.

Mürnberg, Vorsitzende: **Therese Seyn**, Petini-
straße 6.

Mürnberg, Vorsitzender: **Franz Reich**, Schotten-
gasse 12.

Bremen, Vorsitzender: **Heinrich Schab**, Große
Kranenstr. 14a.

Gießen-Biefel, Vorsitzender: **Adolf Nau**, Bach-
gasse 157.

Erfurt, Vorsitzender: **Bernhard Kehler**, Benedig
Nr. 3. Kassirer: **Richard Sturm**, Renarbe 10b.

Fürth i. Bayern, Vorsitzende: **Fr. Kunigunde**
Mögelang, Schwabachstr. 132.

Oldenburg, Vorsitzender: **Joseph Gries**, Gr.
Bahnhofplatz 2a, oben.

Königsberg i. Pr., Vorsitzende: **Frau Emilie**
Braun, Tragh. Pulverstr. 52, Hinterhaus.

Buchdrucker:
Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftzettel, Vorsitzender:
Albert Masini, Revaler Franz Stolte, Vereins-
bureau Ritterstr. 88. Sprechzeit von 10-2 Uhr,
und 5-7 Abds. Arbeitsnachweis ebendortselb.
Telephon Amt IV, 2141. Vereinsverhandlungen
alle 14 Tage im „Louiienstädtischen Konzerthaus“.
Alte Jakobstr. 37. Vorstandssitzungen jeden Sonn-
abend im Restaurant Thiede, Seidelstr. 30.

Buchdrucker-Verein für Kiebitz-Str., Vorsitzender: **A. Barowsky**,
Kiebitz, Hermannstr. 55. Kassirer: **K. Wittner**,
Kniebedstr. 40.

Verein der Berliner Buchdruck- und Maschinenmeister, Vorsitzender:
Franz Kraetzke, Charlottenburg, Feltsloßstraße 16.
Arbeitsnachweis, **Wilmhelm Timm**, Ritterstr. 41.

Steindrucker, Lithographen:
Verein der graphischen Arbeiter (Lithographen, Strindrucker etc.)
Vorsitzender: **Vorisch**, Arbeitsnachweis Engel-Ufer 15
(Gewerkschaftshaus) Telephon Amt VIIa, Nr. 8189.
Sprechzeit von 8-1 4-6 Abds. Sonnabends und
Montags bis 7 Uhr Abends.

Stereotypenre:
Freie Vereinigung der Stereotypen- und Galvanoplastiker
Berlin und Umgegend, Vorsitzender: **E. Schellbach**,
Mittenwalderstr. 32. Arbeitsnachweis im Restaurant
Galt, Zimmerstraße 38, Telephon Amt I, Nr. 4119.
Kassirer: **Adolf Werlig**, Brenzlauer-Allee 203.

Schriftzettel:
Verein der in Schriftzettelereien beschäftigten Arbeiter und
Arbeiterinnen Berlin und Umgegend, Vorsitzender:
S. Werthahn, Postenstr. 11.

Versammlungen der Zahlstellen des Verbandes
der Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands:

Berlin, Zahlstelle I.
Mittwoch, den 17. April 1901, Abends 8 Uhr:

• • • **General-Versammlung** • • •
in den „Arminshäusern“, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:
1. Vierteljahres-Kassenbericht. 2. Bericht über die
Thätigkeit des Vorstandes. 3. Neuwahl des Gesamt-
vorstandes. 4. Verschiedenes.

Die Kolleginnen werden ersucht, nach erfolgtem
Umgang die richtigen Abrechnungen abzugeben. Telephon des
Kadewelles: Amt I, 8386.

Die Rechanten werden ersucht, ihre Reste möglichst
bald zu begleichen.

Berlin, Zahlstelle II.
(Hilfsarbeiter.)
Sonntag, den 21. April 1901, Mittags 12 Uhr.

Mitglieder-Versammlung
in den „Arminshäusern“, Kommandantenstr. 20,
oberer Saal.

Tages-Ordnung:
1. Mittheilungen. 2. Aufnahme neuer Mitglieder
und Beitragszahlung. 3. Endgiltige Abrechnung der
Kassenball-Billets und Vereingung der Billet-Karten
vom Kassenball. 4. Unser diesjähriges Stiftungsfest.
5. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Verein Berliner Buchdruck- und Maschinenmeister.

Sonnabend, den 20. April in Louis Kellers Festsaal, Köpenickerstr. 29:

5. Stiftungs-Fest

unter Mitwirkung der **Typographia**, des **Berliner III-Trios** usw.
Anfang präzis 9 Uhr Abends.
Billets für Gäste, Herren 50 Pf., Damen 30 Pf., sind bei den Kommissions- sowie
Vorstandsmitgliedern zu haben.
Einen genussreichen und unterhaltenden Abend versprechend, ersucht um recht zahl-
reiche Beteiligung der Mitglieder
Die Stiftungsfest-Kommission.